

Polizei und Migranten gegen Rassismus und Vorurteile

Trainingskonzepte und Trainingsmethoden für ein multikulturelles Europa

HSFK-REPORT 8/1999

Zusammenfassung:

Industriegesellschaften unterliegen vielfältigen Dynamiken. Sie müssen nicht nur die Folgen wirtschaftlichen Wandels und ökologischer Krisen bewältigen. Sie stehen auch vor der Herausforderung, zusätzliche Integrationsleistungen zu erbringen, wenn sie sich als „Aufnahmegesellschaften“ mit der weltweiten Wanderungsbewegung infolge von Arbeitsplatzsuche, Vertreibung oder Exil konfrontiert sehen. Der gesellschaftliche Alltag ist von dem Konflikt zwischen verschiedensten Verhaltensmustern, Lebensgewohnheiten sowie Macht- und Sicherheitsansprüchen von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Herkunft geprägt. Angesichts dessen fällt es den Gesellschaften schwer, überkommene Orientierungen und Verfahrensweisen neuen Bedingungen anzupassen und bei gleichzeitiger Wahrung der Essentiale von Rechtsstaat und Demokratie gesellschaftlich akzeptable Wege zu finden, um Interessengegensätze friedensverträglich – das heißt „zivil“ – zu bearbeiten.

Was im Großen als Bedarf an gesellschaftlichem und politischem Wandel diagnostiziert wird, stellt sich im Kleinen als das Ringen um Veränderungen bei Personen und Institutionen dar, deutlich abzulesen an den Herausforderungen, denen sich die Polizei als Teil des Rechtsstaats in gesellschaftlichen Konflikten gegenüber sieht. Die Aufgabe der Polizei ist zunächst die des Schützens und Bewahrens von Recht und Gesetz. Ansätze, Inhalte und Praxis der Polizei zu ändern, kommen selten von innen, sondern müssen oft genug von außen herangetragen werden. Häufig scheitern entsprechende Initiativen am Beharren institutioneller Strukturen, flankiert von politisch instrumentalisierten Widerständen.

So haben sich in vielen westlichen Demokratien – trotz der schon seit langem offenkundigen Veränderungsprozesse zu gesellschaftlicher Vielfalt in Lebensstilen, Wertvorstellungen und politischen Haltungen – bisher Polizeikräfte nur vereinzelt auf den Weg begeben, sich auf diese Veränderungen einzustellen.

Wir stellen in dem vorliegenden Text solche Wege und Versuche zusammen und beschreiben im Detail ein kommunales Modell mit seinen konkreten Organisationsformen und Handlungsschritten, die solche Veränderungen anstoßen helfen. Der Report geht aus von einem von der EU geförderten transnationalen Projekt, in dem der Versuch unternommen wurde, einzelne Polizeibeamte in Polizeiorganisationen verschiedener europäischer Länder mit speziellen Trainings auf die innergesellschaftlichen Spannungen als Resultat der Vielfalt vorzubereiten. Grundlage dieser Trainings ist die Idee, daß vor allem Migrantenorganisationen (NGOs) in der Lage seien, die angemessenen Themen und Konfliktlösungen zu vermitteln und den Polizisten in der unmittelbaren Begegnung mit ihnen im geschützten Raum des Trainings Erfahrungs- und Übungsmöglichkeiten zu bieten.

Die besondere Problematik, Migranten, die in NGOs organisiert sind und sich tendenziell als „Gegner“ der Polizei verstehen, mit Polizeibeamten zusammenzubringen, hat bei dem Frankfurter Teilnehmer an dem EU-Projekt dazu geführt, eine spezielle Variante des Polizeitrainings auszuprobieren und zu evaluieren: Ein kommunales Amt, das die Aufgabe hat, sich mit den multikulturellen Problemen vor Ort zu befassen, tritt als Organisator und Vermittler zwischen NGOs und der Polizeiorganisation auf. Das in dem Report beschriebene Frankfurter Modell zeigt den manchmal recht mühsamen Weg, eine Kooperation mit der lokalen Polizeiorganisation herzustellen, Migrantenorganisationen zur Mit-

arbeit an Polizeitrainings zu gewinnen und schließlich in einer Begegnung zwischen Polizisten und Migranten das Lernfeld interkultureller Begegnungen zu eröffnen.

Im Hauptteil des Reports werden die einzelnen Trainingsphasen des Frankfurter Modells im Detail beschrieben. Der Leserschaft soll damit die Möglichkeit gegeben werden, sich ein möglichst konkretes Bild darüber zu machen, in welchen z. T. sehr kleinen Schritten Veränderungen in interkulturellen Beziehungen in Trainings angestoßen und verstärkt werden können.

Vom Ergebnis des Frankfurter Trainings wie auch der übrigen europäischen Trainingsmodelle her gesehen handelt es sich um noch vereinzelte und länderspezifische Initiativen. Sie vereint das Engagement, den Weg für eine Polizei in multikulturellen Gesellschaften zu bereiten, die nicht allein auf ihre traditionellen Methoden der Regelung von Konflikten und der Verfolgung von Straftaten angewiesen ist. Gleichwohl zeigen diese Versuche auch, daß es einen wachsenden europäischen Dialog zwischen Polizeikräften, Bürgern und „Mitbürgern“ gibt, über die Beteiligung an gesellschaftlichen Veränderungsprozessen nicht nur nachzudenken, sondern die positiven Momente solcher Veränderungen auch zu nutzen. Der Dialog macht nicht hinter Forderungen an Politik und Administrationen halt, sondern bezieht zunehmend die gesellschaftliche Praxis der Polizeibeamten vor Ort, also auch die der Polizisten auf der Straße, mit ein. Die Beteiligung von Migranten in den Trainings kann deshalb gleichzeitig als ein Beleg dafür angesehen werden, daß sich Menschen auch dann an der Weiterentwicklung der Demokratie „en détail“ beteiligen, wenn sie nicht den Status des „Normalbürgers“ haben.

Der vorliegende Report ist kein homogener Text. Er ist vielmehr geprägt von zwei unterschiedlichen Interessen, die sich aus den professionellen Kontexten der Autorin (Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt) bzw. des Autors (Projektleiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung) ergeben. Wenn ein wissenschaftliches Institut und ein kommunales Amt kooperieren, dann spiegelt ein gemeinsames Produkt zwangsläufig auch deren unterschiedliche Interessen. In den Report gehen deshalb einerseits Elemente einer empirischen Darstellung und wissenschaftlichen Reflexion, andererseits einer politischen Präsentation kommunaler Aktivitäten ein. Schließlich ist der Text in weiteren Teilen ein Bericht über Ereignisse, Erfolge und Enttäuschungen – jenseits wissenschaftlicher und politischer Rechtfertigungsversuche.